



Bundesministerium für Gesundheit, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Helge Limburg
11011 Berlin

Dr. Georg Kippels

Parlamentarischer Staatssekretär

Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Mauerstraße 29, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-1070

FAX +49 (0)30 18441-1074

E-MAIL Georg.Kippels@bmg.bund.de

Berlin, 19. November 2025

Schriftliche Frage im Monat November 2025
Arbeitsnummer 11/135

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 11/135:

Hält die Bundesregierung eine bundeseinheitliche Regelung bzgl. des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Dezember 2021 (1 BvR 1541/20) zum Schutz vor einer Benachteiligung wegen einer Behinderung im Falle einer Triage für sinnvoll, und welche Möglichkeiten sieht sie, diese im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz umzusetzen, wie vom Ersten Senat als Möglichkeit zur bundesgesetzlichen Regelung benannt (BVerfG Beschluss vom 23. September 2025 - 1 BvR 2284/23, 1 BvR 2285/23, Rn. 131)?

Antwort:

Aus Sicht der Bundesregierung sind einheitliche Regelungen zum Schutz vor einer Benachteiligung wegen einer Behinderung im Fall einer Triage sinnvoll und sie wird den Ländern beratende Gespräche anbieten. Inwieweit darüber hinaus, auch unter Berücksichtigung der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes, bundesrechtliche Regelungen zum Beispiel im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz möglich sind, wird derzeit innerhalb der Bundesregierung geprüft.

Mit freundlichen Grüßen